

SED zieht neue Normenschraube an

Diesmal mit Rückversicherung — Empörung der Arbeiterschaft

Berlin (Eigenmeldung). Auf einer SED-Konferenz, die sich vergangene Woche mit den Forderungen des IV. SED-Parteitags beschäftigte, befaßte man sich vor allem mit der Förderung nach einer Mehrproduktion von Gebrauchsgütern im Werte von 1 Milliarde DM noch bis zum Herbst dieses Jahres. Es wurde beschlossen, als Sofortmaßnahme eine Erhöhung der Normen um 8 bis 15 Prozent vorzubereiten. Die Betriebe, die ihren Anteil an der Milliarde bis zum 15. Juni spätestens aufgeschlüsselt erhalten, sollen die Normerhöhung auf Betriebsversammlungen zur Diskussion stellen und noch Anfang Juni in den Produktionsplan aufnehmen.

Inzwischen haben bereits in einigen Ostberliner Betrieben derartige Versammlungen stattgefunden. Es kam zu erregten Protesten der Arbeiter: „Habt Ihr den 17. Juni vergessen?“ Die Erhöhung der Normen auf „freiwilliger Basis“ wurde rundweg abgelehnt. Daraufhin hat die SED Maßnahmen eingeleitet, um die Arbeiter durch ein Ablenkungsmanöver zu betrügen. Gegenwärtig geschieht folgendes:

Die SED droht

Die Räte der Bezirke wurden verpflichtet, bis zum 15. Mai ihren Anteil an der Milliarde öffentlich bekanntzugeben. Am 6. Mai veröffentlichte das „Neue Deutschland“ erstmalig die Namen der Bezirksratsvorsitzenden, die sich noch nicht festzulegen wagten, mit der unverblühten Drohung, die Bezirksräte durch Untersuchungskommissionen zu „aktivieren“. Am 8. Mai wurde diese Drohung gegen sechs noch zögernde Bezirksverwaltungen vom SED-Zentralorgan wiederholt. Inzwischen mußten alle Bezirksratsvorsitzenden Rahmenverpflichtungen für die in ihrem Bezirk gelegene Industrie nach Ostberlin geben. In der Regel schwanken diese zwischen Mehr-

produktionen im Werte von 50 bis 150 Millionen DM, zusammen kommen sie auf 1½ Milliarden!

Rückversichert!

Die örtliche Industrie wurde bei dieser Maßnahme nicht gefragt. Die SED hat sich insofern nach außen hin aus der Affäre gezogen, indem sie die Durchführung der sehr gefährlichen Maßnahme den Bezirksverwaltungen übertrug. Alle Pannen, die daraus resultieren, werden auf die Verwaltungsfunktionäre abgewälzt.

Kommt es diesmal wieder zu so umfassenden Protesten wie im Vorjahr, kann die SED die Maßnahmen mildern oder sogar rückgängig machen, ohne sich selber bloßzustellen. Sie wird dann erklären: „Überspitzungen waren nicht beabsichtigt. Sie sind durch die örtlichen Staatsverwaltungen geschehen!“

Für die Arbeiter bedeutet dies: Man wird ihnen ab sofort auf Betriebsversammlungen die erforderliche Normerhöhung schonend beizubringen suchen. Meist behauptet die SED, es handele sich um die Produktion von Massenbedarfsartikeln, durch die eine neue Preissenkung zum Herbst möglich gemacht werden soll. Werde die

geforderte Milliarde nicht überplanmäßig produziert, gebe es keine weitere Preissenkung. Was ist hierzu zu sagen?

Größter Betrug

Der 17. Juni wurde durch eine derartige administrative Normerhöhung ausgelöst! Nach dem Volksaufstand versprach die SED, um die Arbeiter zu beruhigen, eine verstärkte Gebrauchsgüterproduktion und eine Preissenkung bis zum Februar. Es wurde sogar der Wirtschaftsplan geändert und — wenigstens auf dem Papier — die Schwerindustrie zugunsten der Leichtindustrie abgebaut.

Tatsächlich hat sich nichts geändert. Die Rüstungsproduktion läuft nach wie vor auf Hochtouren. Auf die Preissenkung vom Februar hat die Bevölkerung vergeblich warten müssen. Der Parteitag schließlich gab offen zu: Massenbedarfsartikel müssen außerhalb des Planes hergestellt werden! Wenn die Arbeiter für eine Milliarde DM mehr produzieren, läßt sich vielleicht über eine Preissenkung verhandeln!

Diese Unverschämtheit wurde seinerzeit nicht genug beachtet und ernst genommen. Jetzt folgt jedoch ihre Konsequenz: Die generelle Normerhöhung!

Wenn nicht ein Massenprotest der Arbeiter gegen diesen Milliardenbetrug einsetzt, gelingt es der SED, ihren Normenschwindel bis aufs Äußerste zu treiben. Nur wenn die SED zu spüren bekommt, daß sie 1954 genau so auf Widerstand stößt wie 1953, wird sie die neue Ausbeutungs-Verordnung rückgängig machen. Daß sie solchen Rückzug einkalkuliert, beweist der Umweg über die Bezirksverwaltungen.

Verhandeln fordert Stärke

WG. Der 8. Mai, der Tag der bedingungslosen deutschen Kapitulation im Jahre 1945, wurde in der sowjetdeutschen Republik von den Nutznießern der kommunistischen Diktatur als „Tag der Befreiung“ feierlich begangen. Festliche Reden, Zeitungsartikel und ein Staats-Telegramm Ulbrichts nach Moskau rühmten die Befreiungstat des „besten Freundes des deutschen Volkes“, an die sich die Heimatvertriebenen des Ostens, die Deutschen der Zone und die Berliner dazu nur mit Grauen erinnern. Sie wurden zwar von der Diktatur Hitlers befreit, aber nur, um entweder aus ihrer Heimat vertrieben oder einer neuen, nicht weniger grausamen Diktatur unterworfen zu werden. Jeder, der von ihr betroffen ist, spürt, daß der kommunistische Feiertag nur einer unmenschlichen Perversion natürlicher Gefühle entspringt. Er weiß, daß der Tag der Befreiung, also der Tag der Wiederherstellung menschlicher Rechte und Freiheiten in dem heute noch geknechteten Raume, erst noch erkämpft werden muß.

Aus dem vor neun Jahren vollendeten totalen Siege der Kriegsgegner Hitlers in Ost und West sollte eine Verwandlung der Welt hervorgehen. So war es in der Atlantik-Charta und in der Satzung der UN verheißen. Tatsächlich ist heute die Welt verwandelt, aber ganz anders, als es auf jenen Papieren des guten Willens vorgesehen war. Sie ist schrecklich verwandelt, — sowohl durch ihren Zustand der Zweiteilung als auch durch die gefährlichen Möglichkeiten, die sich aus ihm in Verbindung mit den kriegेरischen Mitteln modernster Technik für die Zukunft ergeben können. Neun Jahre nach Beendigung des Krieges sind die Probleme, die er hinterlassen hat, noch nicht gelöst, und Deutschland, das geteilt und östlich überfremdete, ist davon am meisten betroffen. Noch immer bemühen sich die Staatsmänner der Welt — kürzlich in Berlin und nun in Genf — die noch ungelösten Probleme zu lösen.

Diese Konferenzen haben heute in ihrem Ursprung und Ziel wahrscheinlich noch einen Doppelsinn: sie sind sowohl noch Mittel des kalten Krieges als auch bereits ein Versuch, aus ihm herauszukommen. Wenn dieses letzte Streben schließlich überwiegt, dann dürfte der Bundeskanzler recht behalten, der soeben in Hamburg die Meinung äußerte, daß die große internationale Politik vor einer Periode der Konferenzen stehe, von denen er eine Entspannung der Weltlage erhofft.

Wir wollen diese Hoffnung, obwohl sie uns nach der Berliner Konferenz jetzt auch in Genf so schwer gemacht wird, dennoch teilen. Auch die Deutschlandfrage nämlich, die mit dem Ziel der Wiedervereinigung in Freiheit nach wie vor die erste Aufgabe der deutschen Politik ist und bleiben muß, kann nur durch diplomatische Verhandlungen gelöst werden. Einen anderen Weg gibt es nicht — selbst nicht im Reiche der schönen Träume. Nur über den diplomatischen Akt des Verhandeln werden wir ans Ziel gelangen. Das setzt allerdings voraus, daß die Weltlage, mit deren schwierigen Problemen die Deutschlandfrage sichtbar und unsichtbar verquickt ist,

zuvor eine Entspannung erfährt. Das ist nicht der geringste Grund für uns Deutsche, auch der Genfer Konferenz Erfolg zu wünschen.

Konferenz aber heißt: verhandeln, und das wiederum heißt: unter gleichberechtigten Partnern für die umstrittenen Fragen die beste Lösung zu suchen, die unter dem Gesichtspunkt unverzichtbarer Grundsätze und verzichtbarer Interessen erreichbar und moralisch vertretbar ist. Vor solchem Ergebnis steht auf beiden Seiten manches Ja und manches Nein. Das bedeutet zugleich, daß auch derjenige stark sein muß, der verhandelt.

Es ist ein tragischer Umstand, daß mit dem Herannahen großer Entscheidungen auf fast allen Feldern der internationalen Politik leider ein Schwächezustand Frankreichs zusammenfällt, der seine Entschlußkraft seit Jahren lähmt. Von der Überwindung dieses Zustandes hängt für die ganze freie Welt sehr viel ab. Über die politische Krankheit Frankreichs werden von einsichtigen Franzosen selbst sehr harte, mit bitteren Vorwürfen verbundene Urteile gefällt, nur haben sie sich leider noch nicht zu einem reformatorischen Handeln verdichtet.

Bluff oder Ernst?

Mit allen möglichen Ausflüchten hat sich die SED bisher geweigert, Gesamtberliner Wahlen zuzustimmen oder auch nur Wahlen in Westberlin mitzumachen. Jetzt plötzlich, gerade zur Stunde, als ein Verbot ihrer Westberliner Organisationen im Abgeordnetenhaus erörtert wurde, will sie zum 5. Dezember eigene Kandidaten aufstellen. Dieses zeitliche Zusammentreffen ist zwar reichlich verdächtig, aber dennoch haben wir nicht den geringsten Grund, die SED nicht bei ihrem Wort zu nehmen. Im Gegenteil, wir begrüßen ihren Entschluß, an freien demokratischen Westberliner Wahlen teilnehmen zu wollen, sogar ausdrücklich. Die SED ist in Westberlin lizenziert. Sie besteht genau in dem Ausmaß, wie es der Haltung der Bevölkerung gegenüber dem Kommunismus entspricht. Soll sie also ihre Chance unter der

Zusicherung voller Versammlungsfreiheit ruhig wahrnehmen.

Vielleicht wäre es jedoch zweckmäßiger, die Wahlen vom 5. Dezember auf ganz Berlin auszudehnen. Wenn sich schon die SED, die bisher doch nur die Herrschaft der Einheitsliste kennt, in den „freien Wettbewerb“ wagt, dann ist es doch gleich, ob dies im halben oder im ganzen Berlin geschieht. Zumindest aber sollte sie den Westberliner Parteien eine gleiche Chance in Ostberlin geben. Da bei einer demokratischen Wahl jede Stimme gezählt wird, ist uns im übrigen um das Ergebnis keineswegs bange. Es kann nur den Zusammenbruch der kommunistischen Ideologie vor aller Welt demonstrieren. Meint man es in Pankow wirklich ernst oder ist das Ganze nur eine Fortsetzung jener Bluff-Serie, die mit der Forderung nach einem gesamtdeutschen Gespräch begann?

SED-Kaul abgewiesen

Berlin (DPA). Die Berufung des Rechtsanwalts Dr. Friedrich Karl Kaul (SED) gegen das Urteil eines Westberliner Schöffengerichts, das gegen ihn im Januar 1954 wegen einer Beleidigung eine Geldstrafe von 1000 DM West verhängt hatte, wurde von der 4. Großen Strafkammer des Westberliner Landgerichts auf Kosten des Angeklagten verworfen.

Dr. Kaul, der seine Praxis in der Sowjetzone hat, aber auch in Westberlin als Anwalt zugelassen ist, hatte im März 1953 während einer öffentlichen Strafverhandlung von einem Westberliner Strafrichter behauptet, er sei nicht wert, in der deutschen Justiz tätig zu sein. Falls die verhängte Geldstrafe nicht bezahlt wird, soll Dr. Kaul für 25 Tage ins Gefängnis.

Gefängnis für KPD-Funktionäre

Karlsruhe (DPA). Der Bundesgerichtshof verurteilte den 31-jährigen Techniker Horst Reichel zu drei Jahren und den 34-jährigen Dreher Herbert Beyer zu 18 Monaten Gefängnis. Die Angeklagten, beide KPD-Funktionäre aus Salzgitter-Lebensstedt, wurden des gemeinsamen fortgesetzten hochverrätherischen Unternehmens, der gemeinsamen Verunglimpfung der Staatsorgane und der gemeinsamen öffentlichen Beleidigung für schuldig befunden.

Kernstück dieses ersten Hochverratsprozesses vor dem Bundesgerichtshof war das kommunistische Programm zur „nationalen Wiedervereinigung Deutschlands“, das die Verurteilten als Sekretäre der KPD-Kreisleitung Salzgitter in Druckschriften und Flugblättern verbreitet hatten.

Kommunist ausgeschlossen

München (DPA). Das bayerische Landesarbeitsgericht hat ein kommunistisches Betriebsratsmitglied wegen grober Pflichtverletzung aus dem Betriebsrat ausgeschlossen. Die Firma hatte den Ausschluß beantragt, nachdem es wegen erheblicher kommunistischer Tätigkeit des Arbeitnehmers nicht nur zwischen ihm und der Fir-

Sachlicher CDU-Parteitag

Tillmanns wieder zum Berliner Vorsitzenden gewählt

Berlin (Eigenmeldung). Die Berliner CDU wählte auf ihrem Parteitag den bisherigen Landesvorsitzenden, Bundesminister Dr. Robert Tillmanns, mit 121 gegen drei Stimmen bei sieben Enthaltungen wieder. Auch der geschäftsführende Landesvorsitzende Egon Endres sowie die drei stellvertretenden Landesvorsitzenden Karl Theodor Schmitz, Anton Weber und Günther Riesebröd wurden wiedergewählt.

Drei prominente Redner hatten den Parteitag eröffnet: der Landesvorsitzende, Bundesminister Dr. Robert Tillmanns, der Regierende Bürgermeister Dr. Walther Schreiber und Bundestagsabgeordneter Heinrich Krone, Generalsekretär der

CDU-Bundestagsfraktion. Die Sprecher unterstrichen nachdrücklich, was ihre Partei in Bonn für Berlin geleistet hat.

Der Bundeskanzler habe in Berlin bei der Beisetzung der Opfer des 17. Juni 1953 den feierlichen Eid abgelegt, daß wir nicht eher ruhen werden, bis Deutschland in Frieden und Freiheit wiedervereinigt ist, und er zeige immer wieder mit überzeugender Klarheit den Weg dahin vor dem ganzen deutschen Volke auf, sagte Dr. Tillmanns. Dr. Schreiber wies in seiner Rede auf die besondere Pflicht Berlins hin, den deutschen Menschen in der sowjetischen Besatzungszone von Zeit zu Zeit durch große Kundgebungen, wie die vom 1. Mai vor dem Reichstag, zu zeigen, daß ganz Berlin über alle Parteien und Konfessionen hinweg einmütig zusammenstehe, wenn es gelte, für die Freiheit und Einheit Zeugnis abzulegen.

Zu den Meldungen, daß die SED sich im Dezember an den Wahlen in Berlin beteiligen wolle, sagte Dr. Schreiber: „Wenn jemand durchaus durch politischen Selbstmord enden will, soll man ihm die Gelegenheit nicht rauben. Wir werden den Kommunisten diese Sterbehilfe gewähren.“

menleitung, sondern auch im Betriebsrat selbst zu starken Spannungen gekommen war.

Das Arbeitsgericht wies den Antrag zunächst ab. Als höhere Instanz fällte das Landesarbeitsgericht eine gegenteilige Entscheidung mit der Begründung, daß „an der Untadeligkeit der Verfassungstreue von Betriebsratsmitgliedern“ kein Zweifel bestehen dürfe.

36 Prozent für Sozialleistungen

Bonn (Eigenmeldung). Der Bundestag hat den Bundeshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1954/55 verabschiedet, der Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 27,1 Mrd. DM vorsieht.

Die höchsten Etats sind der Haushalt über die Verteidigungslasten mit rund 9 Mrd. und der Haushalt der sozialen Kriegsfolgenlasten mit 7,063 Mrd. D-Mark. Im Gesamthaushalt sind 36 Prozent für Sozialleistungen vorgesehen.

mittel, ist eine Reihe von ihnen von sowjetischen Militärtribunalen verurteilt worden. Sie verbüßen die Strafe, nach Heimkehreraussagen, in der Sowjetunion. Die Evangelische Kirche in Deutschland habe beim sowjetischen Oberkommissar Semjonow in Berlin neue Schritte unternommen, um die Freilassung der Verurteilten zu erwirken.

Nach Hiroshima unterwegs

Aachen (AP). Der von der Stadt Aachen für die Weltfriedenskirche in Hiroshima gestiftete Taufstein wurde am Freitag in Anwesenheit des japanischen Botschafters in der Bundesrepublik, dem Prokurator für die katholische Mission in Japan, Pater Lutterbeck, übergeben.

Neue Vorstellungen bei Semjonow

Bielefeld (DPA). 28 Amtsträger der evangelischen Kirche der Sowjetzone befanden sich im Februar in Haft. Wie das „Evangelische Informationsblatt“

Atlantikpakt ohne Moskau

Westmächte lehnen Mitgliedschaft ab — Noten an den Krenl

London (DPA/AP). Die USA, Großbritannien und Frankreich haben in gleichlautenden Noten an die Sowjetunion das sowjetische Angebot, unter bestimmten Bedingungen Mitglied der NATO zu werden, als „völlig unrealistisch“ abgelehnt. In den Noten heißt es, daß die Sowjetunion als NATO-Mitglied in der Lage sein würde, „gegen jede Entscheidung ihr Veto einzulegen“. Keiner der Mitgliedsstaaten ist gewillt, das gemeinschaftliche Verteidigungssystem auf diese Weise sprengen zu lassen.

Eine sowjetische NATO-Mitgliedschaft würde, so wird in den Noten ferner ausgeführt, den Grundsätzen direkt zuwiderlaufen, auf denen das westliche Sicherheitssystem beruhe. Die NATO sei mehr als ein Militärbündnis und gründe sich auf die Prinzipien der persönlichen Freiheit und des Rechtsstaates.

Das in der letzten sowjetischen Note vom 31. März vorgeschlagene Programm zur Verminderung der Spannungen weisen die Westmächte Punkt für

Punkt zurück. Sie schlagen ihrerseits ein Programm zum schrittweisen Abbau der Spannung zwischen Ost und West vor. Sie fordern die Sowjetunion auf:

1. Die Österreichfrage durch Gewährung der Unabhängigkeit zu lösen,
2. bei einer „dauerhaften und annehmbaren Regelung“ der deutschen Frage mitzuwirken,
3. einen Plan für eine „allgemeine, fortschreitende, gleichmäßige und überwachte Abrüstung“ einschließlich eines Verbots der Massenvernichtungswaffen anzunehmen,
4. in Genf zur Lösung der fernöstlichen Probleme beizutragen und
5. die UN zu einem wirklichen

Absage Skandinaviens an Pankow

Schein-Souveränität wird nicht anerkannt

Kopenhagen (AP). Die Regierungen Dänemarks, Norwegens, Schwedens und Islands haben gemeinsam bekanntgegeben, daß sie die sowjetische Besatzungs-

Instrument für kollektive Sicherheit zu machen

Zur deutschen Frage erklären die Westmächte, es sei unwahr, daß die Wiederbewaffnung Westdeutschlands eine Kriegsdrohung darstellen würde. Die Sowjetunion habe die Spaltung Europas herbeigeführt und verewige sie durch ihre Weigerung, die Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen zuzulassen.

Statt den tatsächlichen Ursachen der europäischen Spannungen entgegenzuwirken, heißt es in den Noten weiter, schlage die sowjetische Regierung einen neuen kollektiven Sicherheitsvertrag vor, „der ausdrücklich auf die Neutralisierung und fortdauernde Teilung Deutschlands gestützt ist, während die politisch - wirtschaftlich - militärische Kontrolle Osteuropas durch die Sowjetunion unangestastet bleibe“.

zone Deutschlands nicht als souveränen Staat anerkennen werden. Dieser Entschluß wurde auf einer zweitägigen Sitzung der Außenminister der vier Staaten gefaßt.

Schutz für Zivilisten

Berlin (Eigenmeldung). Der Bundestag hat in feierlicher Form dem Beitritt der Bundesrepublik zur vierten Genfer Rot-Kreuz-Konvention vom 12. August 1949 zugestimmt. Bisher haben 34 Nationen, einschließlich der Sowjetunion, dieses Abkommen ratifiziert. Zum erstenmal wird im vierten Genfer Abkommen die Zivilbevölkerung im Krieg geschützt. Außerdem taucht angesichts der Ratifizierung dieser Konvention durch die Sowjetunion die Frage auf, ob sich dadurch das Los der noch in der Sowjetunion zurückgehaltenen deutschen Kriegsgefangenen ändern wird.

Das Genfer Abkommen von 1949 soll sechs Monate nach Hinterlegung der Ratifikationsurkunde in der Schweiz in Kraft treten.

Das Abkommen gliedert sich in vier Abschnitte und sieht die Verbesserung des Loses der Verwundeten und Kranken der

bewaffneten Kräfte im Felde (1. Genfer Konvention) sowie die Verbesserung des Loses der Schiffbrüchigen der bewaffneten Kräfte zur See (2. Genfer Konvention) vor und regelt die Behandlung der Kriegsgefangenen (3. Genfer Konvention). Neu ist das vierte Abkommen zum Schutze der Bevölkerung in Kriegszeiten (4. Konvention).

Verboten sind danach Mord, Verstümmelungen, Geiselnahme (bisher grundsätzlich zulässig), Folterungen, Verurteilungen ohne ordnungsmäßiges Gerichtsverfahren und Repressalien gegen die durch das Abkommen geschützten Personen. Zivilpersonen im besetzten Gebiet dürfen nicht deportiert oder umgesiedelt werden.

Bisher hatte die UdSSR beim Genfer Abkommen von 1929 nur der Konvention über die Behandlung der Verwundeten, nicht jedoch dem Abkommen über die Kriegsgefangenen zugestimmt.

Jugoslawien für EVG

Belgrad (AP). Die jugoslawische Regierung hat sich für die Bildung der EVG ausgesprochen und ihre Bereitschaft verkündet, der EVG unter gewissen Voraussetzungen beizutreten.

Dieser Kurswechsel der Regierung in der EVG-Frage ist, wie Außenminister Popovic vor dem Parlament sagte, eine Folge der Berliner Konferenz.

Auf bisherigem Kurs

Brüssel (AP). Der neue belgische Ministerpräsident van Acker hat in seiner Regierungserklärung vor der Abgeordnetenkammer versichert, daß seine sozialistisch-liberale Koalitionsregierung die bisherige Außenpolitik — Zusammenarbeit mit der NATO und den internationalen europäischen Organisationen — fortführen werde.

Die HO regiert an der Autobahn

Der „Neue Kurs“ in der Praxis — Letzte Privatgaststätte geschlossen

Die Interzonenfahrer der Autobahn Berlin—Helmstedt sehen seit einem Monat vergeblich nach der großen Berliner Flagge aus, die seit Jahren zum Ärger der SED auf der Höhe des kleinen Ortes Theeßen bei Burg direkt neben der Fahrbahn grüßte und nicht verboten werden konnte, weil es auch die Ostberliner Fahne ist. Sie gehörte zum „Haus Birkenbusch“, jenem schönen, zweigiebeligen Gebäude, das den Ruhm besaß, das letzte private Gasthaus an der Autobahn zu sein.

Seit 1948 hatte Hellmuth Krüger diesen schönen 65 Morgen umfassenden Besitz gegen die SED verteidigt. Mit eigenem Fußballplatz, Kinderschaukeln, Kegelbahn und Karussell hatte er „Haus Birkenbusch“ ausgestattet. Er hatte Hotelbetrieb und Gasträume. Und wenn er bis Ende 1953 als „Privater“ auch nur Bier, Schnaps, Muckefuck, Brause und Selters ausgeben durfte, obwohl die Westberliner Interzonenfahrer nicht die paar Meter von der Autobahn zum „Haus Birkenbusch“ abweichen durften — es herrschte immer Hochbetrieb.

Keinen Pfennig!

Und jetzt? Das letzte private Gasthaus an der Autobahn ist nun auch noch geschlossen worden. Am 31. März flüchtete Hellmuth Krüger mit seiner Frau nach Westberlin. Gerade eine Aktentasche konnten sie mitnehmen. Aber am 1. Mai marschierte Krüger in Westberlin mit und trug ein Schild: „Autofahrer Berlin—Helmstedt, hier spricht ‚Haus Birkenbusch‘ im Exil! Es war die letzte Privatgaststätte an der Autobahn! Gute Fahrt — aber keinen Pfennig für die HO!“

Der ganze Hellmuth Krüger spricht daraus, der 1945 im Kreis Burg Mitgründer der CDU war, jahrelang Kreistagsvorsitzender, der sich mit der SED stritt, bis echte Opposition nicht mehr möglich war — und dann 1951 demonstrativ alle Ämter niederlegte und aus der Ost-CDU austrat. Im ganzen Kreis war er bekannt für seine aufrechte Haltung. Und auch, als die SED mit der Pressekampagne gegen ihn und sein Gasthaus begann, gab er nicht nach — bis es gar keine Möglichkeit mehr gab als die Flucht.

Die Geschichte des „Hauses

Birkenbusch“, die Hellmuth Krüger jetzt endlich erzählen kann, ist einzigartig: Eine Hühnerfarm war es, aus der der erfahrene Gastronom eine bezaubernde Gaststätte machte. Sie startete — unter amerikanischer Flagge. Das war 1945, als Hellmuth Krüger seinen alten, von einer USA-Reise stammenden amerikanischen Führerschein vorzeigte, um durch die russischen Truppen sicher zum „Haus Birkenbusch“ zu kommen. Er zog dort das Sternbanner auf — unter seinem Schutz waren die 25 Frauen und Mädchen, die sich hierher gerettet hatten, sicher.

Bestellter Protest

Kaum begann im „Haus Birkenbusch“ ein paar Jahre später der große Gaststättenbetrieb, erwachte der Neid der SED. Aber es blieb zunächst bei den üblichen Schikanen: Hohen Steuernachzahlungen (sogar für das Jahr 1943!), schlechter Belieferung, Einschränkung der Schankkonzession. Im März 1953 beschloß dann die SED, „Haus Birkenbusch“ zu „kasieren“. In der Magdeburger „Volksstimme“ (SED) erschien am 5. März 1953 ein gehässiger Artikel über die „private Gaststätte“. Angeblich hatten sich Insassen des nahegelegenen staatlichen Erholungsheimes „Waldrogasen“ über die Autobahn-Gaststätte beschwert. Später stellte sich heraus, daß sie bei Ablehnung einer solchen „Beschwerde“ ihren Erholungsurlaub hätten beenden müssen. Der SED-Leiter dieses Genesungsheimes hatte sich schon lange darüber geärgert, daß seine Kurgäste den größten Teil des Tages in Krügers gemütlicher Gaststätte zubrachten.

Am Karfreitag 1953 kamen in aller Frühe die Leiter der Kriminalpolizei und der Volkspolizei aus Burg. Unter dem Vor-

wand, es handle sich nur um Besprechungen über eine Steuerschuld von ganzen 509 Mark, holten sie Hellmuth Krüger aus dem Haus. Auf dem Hof wurde er plötzlich gefesselt und abtransportiert. Von „Steuerschulden“ war nicht mehr die Rede. Ein Mitgefangener der sich ihm im Gefängnis als Vorgänger des Kripo-Kommandeurs vorstellte — er war abgesetzt und verhaftet worden, weil er Geld unterschlagen hatte —, verriet Krüger später: „Nach dem Terminkalender der SED solltest du schon am 23. Dezember verhaftet werden!“ Am 19. Juli 1953 wurde Hellmuth Krüger wieder aus der Haft entlassen. Wegen „angeblichen Wirtschaftsverbrechens“ habe man ihn verhaftet, hieß es auf dem Entlassungsschein. Während des einzigen Verhörs hatte man ihm dagegen vorgeworfen, bei ihm seien West-Platten gespielt worden, und bei einer Haus-suchung sei ein altes Arbeitsbuch seiner Frau aus dem Jahre 1942 gefunden worden, das noch ein Hakenkreuz getragen habe. ... Worauf Krüger seelenruhig erwidert hatte: „Auf dem alten Strohsack in meiner Zelle ist auch noch ein Hakenkreuz!“

Die neuen Tricks

Der „Neue Kurs“ hatte Hellmuth Krüger gerettet. Aber der „Neue Kurs“ dauerte nicht lange. Im November 1953 schloß die Vopo die Zufahrt zur Autobahn mit Barrieren. Damit war der Betrieb praktisch ruiniert. Im April 1954 wollte Krüger trotzdem den Sommerbetrieb wieder aufnehmen. Prompt erschien wieder ein Artikel in der „Volksstimme“, wieder von Insassen des „Erholungsheimes“ unterschrieben. Diesmal warf man ihm vor, er habe mit einem staatsfeindlichen Vers zum Skatabend eingeladen: „Sind die Zeiten noch so schwer, wie spielen Null ouvert.“ Zwar wurde mit diesem Vers seit 1948 zum Skat eingeladen, aber das störte die SED nicht ...

Als am 31. März wieder Volkspolizisten um das „Haus Birkenbusch“ patroullierten, wartete Hellmuth Krüger nicht auf die zweite Verhaftung.

Zeitung im Exil

„Leipziger Neueste Nachrichten“ erscheinen wieder neu ...

Unter den wenigen deutschen Zeitungen, die man vor dem Kriege in jeder Großstadt des europäischen und überseeischen Auslands in den Hotels und an den Kiosken kaufen konnte, waren auch die „Leipziger Neuesten Nachrichten“. Mitteldeutschland und vor allem Sachsen als das große Wirtschafts- und Industriegebiet neben Ruhr und Rhein wurden durch dieses angesehenes Blatt im Ausland und im übrigen Deutschland hervorragend vertreten. Nach dem zweiten Weltkrieg wurde es Aufgabe der Westberliner Presse, die Anliegen der mitteldeutschen Bevölkerung der freien Welt vorzutragen.

Daß am 1. Mai 1954 mit der ersten Ausgabe einer im Exil erscheinenden Zeitung, die vom früheren Verlag der „Leipziger Neuesten Nachrichten“ herausgegeben wird, der Name dieser Zeitung wieder an den Zeitungskiosken des In- und Auslandes zu finden ist, dürfte nicht nur die vielen mitteldeutschen Landsleute bewegen, die ihre Heimat verließen, sondern auch denen willkommen sein, die nie vergessen können, daß die „Zone“ nur vorübergehend unter das Pankower Regime geraten ist.

Leipzig ist die größte Stadt der Zone. Um zu erkennen, wie stark sich die Abwanderung und geistige Unterdrückung hier ausgewirkt haben, genügen einige Zahlen aus dem Verlagsgewerbe, das in Leipzig seine Zentrale

hatte: Im Jahre 1927 führten über 400 Verlage ihren Geschäftsbetrieb in der Stadt des Buchhandels durch. 1951 gab es nur noch 37 Verlage, die ihren Sitz in Leipzig hatten. Die zwölf bedeutendsten Verlagshäuser wurden verstaatlicht. In Dresden sind von 117 Verlagen nur noch sieben übriggeblieben.

Auch der Verlag Edgar Her-

furth, der die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ herausgab, ging nach Frankfurt am Main, der Nachfolgerin Leipzigs als führende Stadt des deutschen Buchhandels. Die erste Nummer des 55. Jahrgangs der „LNN“ wurde in der Frankfurter Redaktion redigiert und in Göttingen gedruckt. „An der Tatsache, daß dieses traditionsreiche Blatt im Exil erscheinen muß, wird die ganze Tragik unseres zerrissenen Landes deutlich“, schreibt Bundesminister Kaiser in einem Geleitwort.

Das vierzehntäglich erscheinende Blatt füllt eine Lücke in der deutschen Presse. Das Wiedererscheinen der „Leipziger Neuesten Nachrichten“ ist eine Verheißung auf übermorgen — auf den Tag der Wiedervereinigung.

Dibelius erläßt Unterschriften-Verbot

Berlin (epd). Der evangelische Bischof von Berlin-Brandenburg, D. Dr. Dibelius, hat den Vorfall der Störung einer Kircheneinweihung in Seilershof (Kreis Gransee) zum Anlaß für eine Anordnung genommen, nach der kirchliche Amtsträger seines Sprengels künftig keine Unter-

schriften in Listen geben dürfen und, wenn die Unterschriften auf irgendeine unlautere Weise erreicht werden, dieses alsbald vor Zeugen festlegen sollen.

Bischof Dibelius hat der Sowjetzonen-Regierung in einem Schreiben an Grotewohl von seiner Anordnung Kenntnis gegeben und auf den Vorfall in Seilershof verwiesen. Zwei Frauen, Angehörige des kommunistischen „Friedensrates“, hatten sich vor der Kirchentür postiert, um den an der Spitze des Festzuges gehenden Bischof Dibelius zu einer Unterschrift auf einer Liste zu veranlassen, deren Text ihm unbekannt geblieben ist. Zwei Tage später veröffentlichte ADN eine Meldung, in der es heißt, Bischof Dibelius habe einen vom „Bezirksfriedensrat Potsdam“ herausgegebenen Text unterschrieben, in dem „gegen die Stationierung von Atomgeschützen im Bundesgebiet“ und „für das Verbot von Atom- und Massenvernichtungswaffen“ Stellung genommen werde. Wie hierzu von der evangelischen Pressestelle erklärt wird, hat der Bischof lediglich seinen Namen unter die Liste gesetzt, „um der unwürdigen Störung ein Ende zu machen“ und eine Belästigung der übrigen im Festzug gehenden Pfarrer zu verhindern.

Das Ostbüro der CDU teilt mit:

Wir empfehlen, gegenüber nachstehend genannten Personen insbesondere in Gesprächen Vorsicht walten zu lassen, da die Genannten verdächtig erscheinen, mittelbar oder unmittelbar Kontakt mit den sogenannten staatlichen Sicherheitsorganen zu haben, für diese Zuträgerdienste zu leisten oder für diese zu arbeiten:

1. B i e s e n a c k, Willi, etwa 35 Jahre alt, früher wohnhaft gewesen in Seebad Ahlbeck Kr. Usedom und zuletzt wohnhaft in Morgenitz Kr. Usedom, Mitglied der SED, der FDJ und Bürgermeister in Ahlbeck und später in Morgenitz gewesen.

2. B i s c h o f f, Joachim, etwa 27 Jahre alt, zuletzt wohnhaft in Zeitz-Nonnewitz, Mitglied der SED, der FDJ und anderer Massenorganisationen und FDJ-Funktionär.

3. B o r c k, Kurt, etwa 40 Jahre alt, früher wohnhaft gewesen in Torgelow Kr. Pasewalk, zuletzt wohnhaft gewesen in Schwerin, Mitglied der SED, der FDJ und anderer Massenorganisationen, von Beruf Bäck-

ker, in Torgelow Pächter des sog. Hauses der Schaffenden gewesen, später hauptamtlich, FDJ-Funktionär in Schwerin.

4. B r a a t z, Karl, etwa 55 Jahre alt, zuletzt wohnhaft in Petersdorf, Kr. Neubrandenburg, Mitglied der SED, 1. SED-Vorsitzender und Bürgermeister gewesen, Neusiedler.

5. G u s e n d o r f, August, etwa 42 Jahre alt, zuletzt wohnhaft in Domersleben Kr. Wanzleben, Mitglied der SED, 1. SED-Ortsgruppen-Vorsitzender und Mitglied der Gemeindevertretung und des sog. Volkskontrollausschusses, von Beruf Formier, zuletzt Angestellter des SED-Organs „Volksstimme“.

Beklommene FDJ-Organisatoren

Kein Geld — aber kostspielige Werbung

Drei Wochen vor ihrem „Deutschlandtreffen“ kämpft die FDJ noch immer um Finanzen und Quartiere. Während die Quartierbeschaffung bisher zu knapp 65 Prozent gelöst werden konnte, sind die Kassen des FDJ-Zentralrates nahezu leer.

Inzwischen ist man an bekannte Kapellen und Varietés der Zone herangetreten: Sie sollten nicht nur auf Gagen und Honorare verzichten, sondern nach Möglichkeit sogar die Fahrt nach Berlin und die organisatorischen Unkosten als „Beitrag zum Friedenskampf der FDJ“ tragen. Mehrere der ohnehin in schwerer finanzieller Lage befindlichen Unternehmen haben daraufhin ihre Teilnahme am „Deutschlandtreffen“ abgesagt.

Der FDGB hat auf einen dringenden Notruf vergangene Woche 100 000 DM zur Verfügung gestellt. Andere Massenorganisationen, an die sich der FDJ-Zentralrat wandte, werden wohl oder übel ebenfalls zahlen müssen. Was mit diesen Geldern geschieht, erfuh man auf einer Sitzung des Vorbereitenden Komitees: Jeder Tag der FDJ-Werbung für das „Deutschlandtreffen“ kostet durchschnitt-

lich 10 000 Mark! Umzüge mit gemieteten Kapellen, Saalveranstaltungen, Schaustellungen und die hohen Kosten für Plakate, Flugblätter und Broschüren verschlingen alle hereinfließenden Gelder.

Funktionäre, die im Organisationskomitee des I. FDJ-Deutschlandtreffens 1950 wirkten, prophezeien: „Es wird ein Chaos!“ Bis heute sind weder die wichtigsten Transport- noch die Verpflegungstragen gelöst. Trotzdem treffen aus allen Kreisen der Sowjetzone optimistische, aber leider gefälschte Berichte ein. Mancher der „Organisatoren“ mag beklommen an das Beispiel jener Jugendfreunde denken, die nach dem „Weltjugendtreffen“ 1951 für das organisatorische Versagen vom SSD haftbar gemacht worden sind.

Langfingeriges

Die zunehmenden Klagen von Gästen der staatlichen HO-Lokale über den ständigen Mangel an Eßbestecken beantwortete die kommunistische Zeitung „Volksstimme“ mit der Feststellung, daß innerhalb eines Monats in einem mittleren HO-Lokal Magdeburgs 56 Messer, 133 Eßlöffel, 117 Teelöffel, 49 Zuckerschalen sowie diverse Servietten und Salzstreuer verschwanden.

Über den möglichen Grund dieser „Epidemie“ schweigt das Blatt allerdings. Betrachten vielleicht die Gäste die mitgenommenen Gegenstände als kleines Äquivalent für die räuberischen HO-Preise? Oder legen die den überwiegenden Anteil an den Gästen der HO-Lokale ausmachenden SED-Funktionäre den Begriff „Volkseigentum“ auf ihre eigene Art aus?

Radfahrer der Operette

Dem Ostberliner Metropoltheater, der Hochburg der „fortschrittlichen Operette“, ist wieder ein handfester Mißgriff gelungen. „Jedes Jahr im Mai“ heißt die seltsame Angelegen-

heit, die man dort uraufgeführt hat. Eine Operette über die Radfahrer soll es sein, über die rote „Friedensfahrt Warschau—Berlin—Frag“. Und damit die Sache stimmt, hat gleich die „Sektion Radsport der DDR fachmännisch an der Vorbereitung der Aufführung mitgearbeitet“, wie man verkündet.

Das wäre ja alles gut und schön, wenn diese ganze Operette über die Radfahrer nicht wieder einmal zeigen würde, daß die „fortschrittlichen Operetten“ der Sowjetzone überhaupt nur — von Radfahrern gemacht werden. Und zwar von der Sorte, die zwar nicht richtig in die Pedale tritt, sondern zur SED-Ideologie hinauf bukkelt und dem Anspruch des Publikums auf ein wenig Entspannung rücksichtslos Tritte versetzt. Von solchen „Radfahrern der Operette“, Peter Bejach und Herbert Kawan, ist auch „Jedes Jahr im Mai“ verbochen worden.

Die SED-Presse geniert sich selbst über das, was sich da an Albernheiten über einen wegen zehn Strafminuten das „Kollektiv“ gefährdenden Rennfahrer abspielt. Die Handlung sei „fadendünn“, gestand die „Berliner Zeitung“ ärgerlich,

Nur flüstern . . .

Mildernde Umstände

Der Angeklagte wird beschuldigt, die „DDR“ und ihre „führenden Männer“ schwer beleidigt zu haben. Er hat alles in Grund und Boden schlecht gemacht.

Der Verteidiger des Angeklagten gibt die ihm zur Last gelegten Äußerungen im großen und ganzen zu, bittet aber um mildernde Umstände: „Es muß doch als strafmildernd berücksichtigt werden, daß der Angeklagte vielleicht nicht seine eigene Meinung zum Ausdruck gebracht hat, sondern daß er nur nachgesprochen hat, was er so täglich auf der Straße und in den Geschäften hörte . . .“

Der Verdacht

Zwei gehen aus einer SED-Versammlung zusammen nach Hause. „Ich habe kein Vertrauen mehr zu denen“, klagt

der eine. „Alles was, sie sagen, ist geschwindelt.“

„Ich habe noch viel weniger Vertrauen“, sagt der andere stumpf, „ich glaube, auch das, was sie uns verschweigen, ist geschwindelt.“

Fachkenntnisse

Dem Leipziger „Kunst- und Kulturausschuß“ wurde kürzlich ein Buch über Kunst- und Stilformen der vergangenen Jahrhunderte“ zur Begutachtung vorgelegt. Als man einen Fachmann zur Bearbeitung heranziehen wollte, winkte der Vorsitzende großzügig ab:

„Nicht nötig. Was glauben Sie denn, weshalb ich meinen Platz hier bekommen habe? Rokoko, Empire, Renaissance — — da kenne ich mich aus. Da macht mir keiner was vor. Ich war doch früher Möbelpacker.“

Der Traktor malmt alles glatt

Brecht-Inszenierung - von einem westdeutschen Gast gesehen

Der Besucher aus Westdeutschland kommt mit einem Bild von Berlin in diese Stadt. Er hat es aus Zeitungen und Rundfunksendungen. Zu diesem Bild gehört die Vermutung, daß die Theater im Osten hier und da doch etwas zu bieten hätten. Gibt es nicht noch das Gewandhausorchester und die ruhmreichen Thomaner unter Günther Ramin? Man weiß, daß Walther Felsenstein und Bert Brecht nicht zu unterschätzende Potenzen sind. Man weiß... Gar nichts weiß man.

Die Thomaner sind Inbegriff einer Tradition. Aber sie bröckelt; Stück für Stück fällt von ihr ab. Der Geist, der sie beseelte, ist in Leipzig eine Farce. Wir im Westen füllen ihn wieder auf und — halten das dem Osten zugute. Eine Zeitlang mag das angehen. Einmal welkt jede Pflanze, der man das Erdreich entzog, um es durch ein Geröllfeld zu ersetzen. Schon braucht die Apokalypse über die mit der Scheinsicherheit der Verzweiflung gekühten Kulturreservate. Der Traktor malmt alles glatt.

*

Die Traktoren aus der UdSSR rattern über die neue SED-Straße immer weiter in das Land, immer weiter... Der Kühler richtet seine Fratze gegen das Publikum, eine infernalische Fratze... Wer das nicht gesehen hat, wer diese Uraufführung der „Komödie“ „Katzgraben“ von Erwin Strittmatter in Brechts „Theater am Schiffbauerdamm“ („Berliner Ensemble“) nicht gesehen hat, der weiß nichts vom Theater im Osten. Tausend verzweifelt gehetzte Traditionen können diese Apokalypse nicht aufheben. Die Thomaner in Leipzig — das ist ein Erinnern; dies hier ist grausige Realität.

*

Über das Stück ist nicht zu reden. Es ist kein Stück. Es ist ein dummdreist zusammengesetzter SED-Schulungskursus in — Versen. Das Erschütternde ist, daß so etwas unter dem

Decknamen „Kultur“ geboten werden kann. Daß die Toten nicht auferstehen, wenn im Programmheft vergleichsweise Coriolan, Egmont und Wallenstein

DRK - Ehrenzeichen für Spätheimkehrer

„Es gilt heute mehr denn je, die Menschen willig zu halten, im Ernstfall zu helfen und den Ernstfall immer vor Augen zu sehen.“ Dies erklärte Bundespräsident Heuss zur Einweihung eines neuen Hauses des Präsidiums des Deutschen Roten Kreuzes in Bonn.

Der Bundespräsident sprach die Hoffnung aus, daß der Versuch des DRK-Präsidenten, Dr. Weitz, die Sowjetunion zur Klärung von Vermittlungsschicksalen unmittelbar anzusprechen, nicht erfolglos bleiben möge.

Als Schirmherr des Roten Kreuzes verlieh Heuss drei Spätheimkehrern, darunter dem Stalingrad-Arzt Dr. Kohler, und der Frau eines Vermißten das Ehrenzeichen des DRK.

Kronprinzessin Cecilie †

Kronprinzessin Cecilie von Preußen ist in Bad Kissingen im Alter von 67 Jahren an einem Schlaganfall gestorben.

Die sterbliche Hülle wurde nach einem feierlichen Aussegnungsakt in der Villa Fürstenhof zur Hohenzollernburg bei Hechingen übergeführt. Der Sarg wurde von Polizeibeamten der Stadt- und Landpolizei Bad Kissingen eskortiert. Er wurde in der Burgkapelle zwischen

Filme im Amerika-Haus

Ständige kostenlose Filmvorführungen mit den neuesten Wochenschauen werden für Besucher aus dem Ostsektor Berlins und der Ostzone im Amerikahaus am Nollendorfplatz gezeigt.

Täglich ab 13 Uhr in stünd-

licher Folge. Letzte Vorführung um 17 Uhr. Sonnabends Beginn um 14 Uhr; sonntags Beginn um 15 Uhr.

Jugendfilmstunde für Kinder aus dem Ostsektor und der Ostzone jeden Sonntag um 14 Uhr.

— als Gestalten der Dichtung — zitiert werden...

„Komödie“... Das also ist das Lachen, das den Menschen geblieben ist? Zu sehen, daß aus dem göttlichen Lachen die es es wurde, muß uns die Scham ins Gesicht treiben.

Der Zuschauerraum weist noch Stiltendenzen eines Hoftheaters auf: Harte Persiflage der anderen Tendenz auf der Bühne.

Einen Hoffnungsschimmer sah ich: Es waren die traurigen Augen einer jungen Schauspielerin. Sie war so unendlich, diese Traurigkeit.

den Zinksärgen der mumifizierten sterblichen Hüllen Friedrichs des Großen und Friedrich Wilhelms I. aufgebahrt.

Neuer Generalsekretär des Kirchentages

Zum geschäftsführenden Generalsekretär des Deutschen Evangelischen Kirchentages wurde Dr. Hans Hermann Walz berufen. Dr. Walz war Leiter der Abteilung für Laienarbeit beim Weltkirchenrat in Genf.

Farmer spendeten

Kassel (DPA). Christliche Farmer Amerikas haben innerhalb des „Christian Rural Overseas Programm“ seit 1947 18 Mill. Kilogramm Lebensmittel für das „Hilfswerk der Evangelischen Kirche Deutschlands“ gespendet.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin - Charlottenburg 9, Reichsstr. 4. Tel. 92 02 31. Druck: W. Büxenstein, GmbH.